



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/V/87

15. April 1950

Einweisung
auf den Inhalt:

Der Typus der Nationalsozialisten	S.1
Aus Briefen verschleppter Kinder	S.3
Missbrauch der Vertriebenen geduld	S.5
Prof. Niklas' Preispolitik	S.6

Die Herrschaft der "Prächtigen Kerle"

Von Hermann Lüdemann

Mindestens drei Jahre zu spät sind nunmehr endlich einige hervorragende Exponenten der nationalsozialistischen Herrschaft ge-

richtlich abgeurteilt worden, deren Treiben für den Terrorismus der Hitlerzeit charakteristisch war. Es ist unverständlich, wes-

halb die Alliierten nicht früher erkannt haben, dass die von ihnen herbeigeführte Vernichtung der Staatsgewalt und der damit zusam-

menhängenden Ausübung einheitlicher Strafjustiz das demokratische Deutschland verhindert haben, dem unwissenden Volk das wahre Ge-

sicht des Nationalsozialismus zu zeigen. Die Erziehung zur Demokratie musste mit der Aufklärung über die Unmenschlichkeit gegen-

teiliger Regierungsmethoden beginnen. Hierzu genügten nicht einige Kriegsverbrecherprozesse. Man hätte in den Westzonen frühzei-

tig die selbständige deutsche Rechtsprechung wiederherstellen müssen.

Nicht weniger als 55 vollendete Morde hat das Frankfurter Gericht dem Kriminalkommissar der Geheimen Staatspolizei Heinrich

Baas nachgewiesen, dazu noch 21 versuchte Morde und zahlreiche andere Straftaten. Man fragt sich entsetzt: Was für Menschen sind

das, die solches vollbringen können?

Kurze Zeit zuvor sind in Kopenhagen drei andere Exponenten

der NS-Herrschaft abgeurteilt worden: der frühere Reichsbevollmächtigte Dr. Werner Best, der frühere Befehlshaber der Sicherheitspolizei Bovensiepen und der frühere Polizeigeneral Pancke. Um den Hauptangeklagten Bovensiepen, dem 225 Straftaten, darunter Mord, Mordversuch, Misshandlung, Brandstiftung, vorgeworfen werden, zu charakterisieren, hat der Reichsstaatsanwalt Ausdrücke wie "Blut-hund" u.ä.m. gebraucht; für Pancke, dem "nur Mittäterschaft" an den Verbrechen Bovensiepens zur Last gelegt wird, hat er anscheinend keine eigenen passenden Bezeichnungen gefunden. Aber er hat die Äusserung eines anderen Angeklagten, eines Kameraden des Pancke, angeführt, in der dieser als "ein prächtiger Kerl, aber saudumm" bezeichnet wird.

Diesen Typ kennen wir; er gehört zum festen Bestand jeder nationalistischen Bewegung; es ist der ewige Landsknecht, dem das Verfolgen, Angreifen, Bedrohen, Misshandeln und nötigenfalls Töten von anders denkenden Personen Lebensbedürfnis ist, der gehorsame Marschierer mit den langen Stiefeln und dem kurzen Verstand, dessen unfriedliches Ziel immer und überall der "feindliche Mensch" ist. Ohne diesen, im primitiven kriegerischen Sinne auf das Stichwort "deutsche Treue" dressierten Befehlsempfänger, wäre in Deutschland kein Nationalismus lebensfähig.

Seine unvermeidbare Ergänzung bildet ein anderer Typ: der Mann mit dem aus Minderwertigkeitsgefühl erwachsenen Geltungsbedürfnis. Dr. Best war deutscher Richter. Wegen seiner Beteiligung an dem sogenannten "Boxheimer Dokument", das ein offenes Bekenntnis zum blutigen Terror war, wurde er 1932 des Hochverrats angeklagt und aus dem Justizdienst entlassen, nach Hitlers Machtergreifung zum Polizeipräsidenten von Hessen ernannt und später ins Auswärtige Amt übernommen. 1942 wurde er Reichsbevollmächtigter in Dänemark. In erster Instanz zum Tode verurteilt, hat das Kopenhagener Gericht der zweiten Instanz seine Strafe überraschend in fünf Jahre Gefängnis umgewandelt. Der dänische Reichsstaatsanwalt sagte von ihm, er sei "ein konstitutioneller Psychopath mittelschweren Grades", der durch Strafe zu beeinflussen sei. Bei Hitler hat sich diese Hoffnung bekanntlich nicht erfüllt. Seine Festungshaft in Landsberg war allerdings auch keine Strafe, sondern ein Ferienaufenthalt mit reichlich Gelegenheit zu verderblicher Schriftstellerei. Wie anders sähe heute Deutschland und Europa aus, wenn man diesem grossen Verbrecher die Gunst lebensläng-

licher Heilbehandlung gewährt hätte!

In einigen Bundesländern werden in den nächsten Monaten die Landtage erneuert. Dabei wird sich zeigen, wieviel das deutsche Volk aus der Geschichte der letzten dreissig Jahre gelernt hat. Die Wähler tun deshalb gut, die Kandidaten und ihren Anhang nicht nur nach ihren Reden zu beurteilen, sondern immer auch zu bedenken, wessen diese Volksverführer fähig sind, wenn ihnen noch einmal ein Stück der Macht in die Hände fallen sollte. Am heissesten wird der Wahlkampf im Norden werden. In Schleswig-Holstein haben die Nationalsozialisten 1932 zu allererst eine absolute Stimmenmehrheit erzielt. Die Frage ist, was hiervon unter Mithilfe des ungeheuren Flüchtlingsdruckes und der grossen Arbeitslosigkeit wieder auferstehen wird.

- o - o -

"Liebe, unbekannte Mutti"

Briefe volksdeutscher Kinder aus Jugoslawien

-s Wien, im April

Etwa 35.000 bis 40.000 volksdeutsche Kinder sind 1944/45 in Jugoslawien elternlos zurückgeblieben. Die Väter waren zur Deutschen Wehrmacht eingezogen; die Mütter (zwischen 18 und 35 Jahren) zu Weihnachten 1944 "zwangsausgehoben" worden. Sie sind in Zwangsarbeit gekommen, nach Russland geschickt worden, sie haben einen Leidensweg durch Lager genommen und einige sind auf dem Umweg über die asiatische Steppe in Österreich, andere in Deutschland gelandet. Die Kinder waren bei den Grosseltern oder Bekannten geblieben, auch sie waren durch Lager geschleppt worden. Die Überlebenden sind in staatliche Kinderheime gebracht worden, sie sollen einmal als Janitscharen-Partisanen das neue entpersönlichte Persönlichkeitsideal darstellen.

Und manchmal findet ein Brief zum Vater, der aus der Gefangenschaft nach Deutschland oder Österreich kam, zur fernen Mutter - die das Kind oft nicht mehr kennt. "Saget mir, wenn ihr wollt, ob die Mami das ist mit dem schwarzen Kleid und Halskette", schreibt ein Mädchen, dem man eine Fotografie geschickt hat, Oder ein anderes: "Liebe Mutti, ich hab mich sehr viel umgewechselt, ich möcht auch Dich nicht kennen. wenn ich Dich jetzt sehen möchte. Den Willi-Onkel möcht ich ender noch wie Dich" (kennen).

Es sind die Älteren, Klugen, die noch ein solches Deutsch

- 4 -

schreiben. "Za Vama mi je doglcaš" (Nach Euch habe ich Sehnsucht) schreibt ein anderes Kind slowenisch. Und ein Bub berichtet zornig: "Ich hab gehabt Bilder von allen und den Taufschein, wie ich ins Kinderheim gekommen bin. Alles haben sie weggeholt". Wer ist noch einsamer als dieses Kind: "Mit einem Wort kann ich Euch schreiben, es geht mir schlecht. Liebe gute Eltern, es ist mir sehr schwer, weil ich nicht bei Euch bin und weil ich ganz allein bin von unserem Dorf". "Liebe unbekante Mami", schreibt ein anderes und eines bittet: "Schreibt gleich zurück, ob ihr meine Mama seid!"

"Mein lieber Tata", fragt ein Kind, "wenn Ihr wollt mir schreiben, wie alt ihr seid und von wo ihr seid". Und Trost versuchen die Einsamen zu geben: "Liebe, gute Eltern, ihr brauchz Euch nicht kränken, denn das ist alles unasunst, wie der liebe Gott es macht, so ist es gewesen und bleibt bis wir sterben".

Das sind Briefe, die A.K. Gaus in seiner kleinen Schrift "Kinder im Schatten" mitteilt; und doch hat uns mehr noch als diese Schreiben eine Karte erschüttert, die uns ein Vater selbst gezeigt hat. Sein Sohn hat sie, auf Diktat wohl, aus dem Kinderheim geschickt: "ihr habt mir zweimal geschrieben, weil Onkel Euch die Adresse gibt. Ich will aber nichts von euch wissen, am besten ihr hängt euch auf, du und die Mütter"...

Wer holt diese verstaatlichten Kinder ins Leben zurück?

- o - o -

Vertriebene haben viel Geduld

js. Ursprünglich für Ende Februar zugesagt, soll nun "das grosse Bundes-Vertriebenen-Gesetz" im Sommer dieses Jahres verabschiedet werden. Es soll "in den nächsten Tagen" dem Bundestag vorliegen. Die materielle Substanz des Gesetzes bedingt eine Bearbeitung durch viele Ausschüsse des Bundestags; nimmt man hierzu die nicht wegzuleugnenden politischen Schwierigkeiten eines solchen Gesetzes, dann wird man, gemessen an den bisherigen Erfahrungen mit der Bonner Parlamentsmaschinerie, auch dem verspäteten Datum "im Sommer dieses Jahres" mit Zweifel begegnen müssen. Das ist ein beschämender Vorgang, denn kein Problem wurde während des vorjährigen Wahlkampfes als so dringlich bezeichnet und mit Vorrang ausgestattet wie die Ostvertriebenen-Frage. Die Bonner Re-

gierung wird ein Jahr im Amt sein und das Flüchtlingsgesetz wird zu diesem Zeitpunkt noch in irgend welchen Ausschüssen debattiert werden - das ist das Ergebnis der Wahlversprechen vom vergangenen Sommer. Es waren nicht wenige Flüchtlinge, die damals der Bonner Regierung in den Sattel geholfen haben.

Dass die Flüchtlingsabgeordneten der CDU angesichts dieser Verhältnisse keinen leichten Stand haben, leuchtet ein. Manchen von ihnen ist, wen würde es wundern, die Geduld ausgegangen. So einer der regsten Flüchtlingsabgeordneten der CDU von Schleswig-Holstein, Frau Ilse Brandes, aus der Vertriebenenarbeit weit über die Grenzen ihrer Wahlheimat bekannt. Frau Brandes ist nun aus der CDU ausgetreten, weil, wie es in einer Meldung aus Kiel heisst, "das Verhalten dieser Partei keine Aussicht auf Erfüllung ihrer Anschauungen über eine vordringliche gründliche Flüchtlingspolitik bietet".

Andere schweigen. Nur als bedrücktes Schweigen kann man es bezeichnen, dass eine von der CSU ausgegebene Flüchtlingszeitung in München nicht etwa den ihr nahestehenden Flüchtlingsabgeordneten Schütz, sondern den Nicht-Flüchtling Dr.v.Brentano die Flüchtlingspolitik der CDU in einem Interview interpretieren lässt. Ein Abgeordneter der Vertriebenen, der es ehrlich meint, hätte kaum vermocht, wie Dr.v.Brentano in anderthalb Zeitungsspalten, all das zu wiederholen, was schon vor einem Jahr handfest versprochen worden ist. So erklärt Dr.v.Brentano u.a., "dass es zu den vordringlichsten Aufgaben gehört, den Lastenausgleich durchzuführen". Man müsste den Fraktionskollegen Erantanos, den Bundesfinanzminister Schäffer fragen, was er unter "vordringlich" versteht. Vor einigen Wochen hat Schäffer bekanntlich erklärt, dass ein Lastenausgleich nur durch eine Revolution herbeizuführen sei.

Immerhin hat Dr.v.Brentano ein neues Motiv in die eintönige Melodie der Versprechen gebracht: man müsse "neues Eigentum und neue Existenzen schaffen", um den Vertriebenen das Bewusstsein der Gleichwertigkeit zu vermitteln. Neues Eigentum kann man nach der heutigen Sachlage nur durch Abzweigen vom Eigentum anderer schaffen - ein Weg, gegen den sich die CDU bisher Schulter an Schulter mit der FDP und DP erfolgreich gewehrt hat. Es wäre ein Wunder, wenn sich die Schäffers nicht mehr dagegen wehrten - und es geschehen auch in der CDU keine Wunder, sonst wäre Frau Ilse Brandes nicht die Geduld ausgegangen.

Niklas kämpft gegen die Verbraucher

sp. Professor Niklas, der Bundesernährungsminister, gab PPP ein Interview und lieferte darin den Beweis, dass die auf seinem Sektor praktizierte Preis- und Einfuhrpolitik nicht nach den Notwendigkeiten eines volkswirtschaftlich ausgeglichenen Haushaltes, sondern einfach nach dem Gruppeninteresse seiner klassenmässig ausgerichteten Wählerschaft betrieben wird.

Da stellte er zunächst fest, der Verbraucher würde freiwillig nie auf Weissbrot und Brötchen verzichten. Dafür müsse ein besonderer Preisanreiz geschaffen werden. Er stellt sich das so vor, dass die Erhöhung eines Warenpreises ein besonderer Kaufanreiz sei. Unleugbar wird die erhöhte Preisspanne den Erzeugern einen Anreiz geben, z.B. den Bäckern, den Käufer von Roggenbrot zwingt man jedoch nur dann zum Kauf, wenn man den Preis für Weizenerzeugnisse für ihn unerschwinglich macht. Aber der Hauptgrund der vorgeschlagenen Brotpreiserhöhung sollte doch wohl die mangelhafte Devisenlage des Bundes einerseits und zweitens die Einstellung der Subventionen sein.

Nun, von der Devisenlage will man sich weitgehend durch Einführen aus Nicht-Dollarländern befreien - fallen aber die Subventionen, so müssen auch die Import-Ausgleichsbeträge, die nur zu dem Zweck eingeführt waren, den Druck der Subventionen auf den Steuersäckel zu vermindern, beseitigt und voll zur Preissenkung der eingeführten Waren ausgenutzt werden. Aber hier stellt der Bundesernährungsminister befriedigt fest, dass die Ausgleichsbeträge ihm als indirekter Schutz Zoll dienen. Die Importeure müssen z.B. bei Blumenkohl M 5.-- und bei Tomaten bis zum 15.6. M 30.-- (später M 20.--) pro Dz Einfuhr zahlen. Also auch hier geht es ihm nicht um einen gerechten Ausgleich, sondern allein um die Erhaltung überhöhter Erzeugerpreise.

Den Gipfel stellt jedoch seine Feststellung dar, dass die gegenwärtige Eigenerzeugung an Butter - allerdings nur bei gleichbleibenden Butterpreisen - in der Lage sei, den gegenwärtigen Bedarf zu decken. Das soll heissen, dass nach seiner Auffassung nur diejenigen Bedarf an Butter haben, die den gegenwärtigen Butterpreis bezahlen können. Er denkt also nicht an billigere Einfuhren und ist der Meinung, wer Butter nicht bezahlen kann, soll sich mit Margarine begnügen oder ganz auf den Fettkonsum verzichten. Man muss schon sagen, einer solchen sozialen Einstellung ist nur jemand fähig, der sich schon in der R-Mark-Zeit nichts daraus machte, dass ein gewisser Teil der Bevölkerung im Überfluss lebte, während andere Hungers starben. Fürwahr, eine Politik aus christlicher Verantwortung.